Über Antinomien der politischen Ordnung und die „Lösung“ der falschen Alternativen

Pascal: „La multitude qui ne se réduit pas à l’unité est confusion; l’unité qui ne dépend pas de la multitude est tyrannie.“ In der Antinomie zwischen gesellschaftlicher Vielfalt (und Gegenständlichkeit) und staatlich-politischer Einheit sind die übrigen Antinomien der Politik begriffen. Konfusion (Anarchie) oder Tyrannie drohen immer dann, wenn der antinomische Charakter der Politik sichtbar wird oder die Antinomien nicht im dialektischen Sinne aufgehoben, d. h. zu einer (permanent zu vollziehenden) Synthese gebracht, sondern faktisch als Alternativen verstanden und durch Entscheidung im nicht-dialektischen Sinne aufgehoben, d. h. be seitigt werden. Die folgenden Überlegungen versuchen, den möglichen Sinn politischer Ordnung und den antinomischen Charakter dieser norm- und zwed-orientierten Realität zu erfassen und von dieser Basis aus den Blick auf einige Probleme und Milieusverhältnisse zu lenken, die gegenwärtig (noch immer oder erneut) für die Theorie und Praxis der Politik nicht ohne Bedeutung sind. Das Fragmentarische dieser Beiträge wird gerne zugegeben. Mehr als einige z. T. sehr alte Fragen erneut zur Diskussion zu stellen, liegt nicht in seiner Absicht.

Das neuzzeitliche Denken über die Notwendigkeit von Recht und Staat setzt ein bei Hobbes. In der Ablehnung jedweder Art von prästabilierter Harmonie im sozialen Bereich (... the agreement of these creatures (z. B. Bienen oder Ameisen, GG is Naturally; that of men, is by Covenant only, which is Artificial). Als Wesley mit der Fähigkeit, sich selbst Zwecke zu setzen, könnten die Menschen bei der Verfolgung ihrer Interessen miteinander in Collision...

1) Ethica, § 87.
4) Vgl. hierzu der weiter unten zum „Rachapassivitismus“ Gesagte.

238
Über Antinomien der politischen Ordnung

...gebnis der politischen Ordnung als solcher auf empirische Faktoren, also jede Art von Privilegien. Sicherlich wird nur Willkür bedeuten, der man sich durch die unvermeidliche, nämlich aus dem Macht und Interessenwandel entstehende Macht. Der Sinn oder die Funktion des Rechtspunktes ist nicht Konkretisierung durch positive Entscheidung (da diese nicht prinzipiell allgemein akzeptabel wäre), sondern Anerkennung des empirischen Faktums der Pluralität von Meinungen und Interessen und der dadurch möglicher Konflikte, Anerkennung differenzierender Meinungen und Interessen als in gleicher Weise „erreicht“. Mangel einer Möglichkeit, Vor- rechte aufzuweisen, setzt das Recht alle Interessen als gleichberechtigt, oder besser: das Recht ist die Sezession der Gleichberechtigung; und was als Vorrecht deklariert wird, erweist sich als Vor- Recht, als vor der Sphäre des Rechts liegend, nämlich in der Sphäre von Willkür und Gewalt.

Der potentielle Konflikt mit der im liegenden Gefährdung der Freiheit ist also Grund der (genannten) Rechts- und Herrschafts-...
ordnung (unbeschadet aller sonstigen, an das politische System geknüpften Zielsetzungen); er macht sie sinnvoll und erforderlich; auf ihn ist sie gerichtet, nicht allerdings auf seine grundsätzliche Beteiligung, sondern lediglich auf seine prinzipiell gewählte und in bestimmter Weise geregelte Austragung. 

l) ist natürlich nicht an jedes positive Recht gebunden. Dieses leide sich gezielt eher — wie Freud — seinen künftigen und treffend getan hat — als die (weiter nicht charakterisierte) „Macht einer Gemeinschaft" bestimmten. Im vorliegenden Fall dagegen ist ein Recht ge- mäss, das seinen Machtanspruch vor der Vermaß rechtfertigten, d.h. in Freiheit von jedermann anerkannt werden kann. Ande- renfalls kann es nicht einmal sinnvoll einen Anspruch auf Ver- bindlichkeit erleben; denn es ist sinnlos, von einer Verbindlichkeit, sich einem Zwang zu unterwerfen, zu sprechen.

Das Prinzip jeder Rechtsordnung, die eine Konfliktsellung auf der Basis und mit dem Ziel der Freiheit jedes Individuums zum Ziele 

Es wird also nicht behauptet, der Staat habe sich etwa jeder Wohl- leistungsfähige zu entziehen. Nur darf eine solche Wohlfahrtspflege nicht auf Kosten zur Konfliktsellung des (auch näher zu bestimmenden) Recht- prinzipien gehen, sondern muss vielmehr in der ihnen zugeordneten Verständigung erfolgen.


Hervorhebung von Marx.


Es dient somit auch als sogenanntes „vorgegebenen“, „absoluten“, „unantastbaren“ Werte (welchen Inhalts auch immer sein mag) kein möglichem Bestimmungszweck für das gewaltlose Rechtssprich, weil sonst jeder, für den andere Werte gelten, seine Freiheit freizwillig auf- geben müsste. 

hat, ist von Kant in klassischer Weise formuliert worden: "Das Recht ist... der Inbegriff der Bedingungen, unter denen die Willkür des einen mit der Willkür des anderen nach einem allgemeinen Gesetze der Freiheit zusammengesetzt werden kann."

Da manchen gegenwärtigen "Modernen" diese Spräche zu "idealistisch" oder "metaphysisch" erscheinen, sei darauf hingewiesen, daß sich der gleiche Sachverhalt auch in der Terminologie etwa der modernen Sprachtheorie ausdrücken läßt. Es handelt sich dann um derartige Rechtsordnung, welche die größte Menge von Mengen miteinander verträglicher Einteilungen zuläßt."

Sie — und nur sie — ist deshalb ausgeschieden, daß sie von "notwendig möglicher Geltung" ist; d. h. es kann nichtwendig von jedem Unterworfene anerkannt werden."

Daß die (paktisch natürlich stets nur vollkommen) Realisierung einer solchen Rechtsordnung vermutlich auch die beste Mittel der allgemeinen Friedenssicherung darstellen — gegenüber allen Theorien, die (nicht mehr impulsiiv als explizit) eine "falsifikalistische Unterwerfung" unter das Tatsächliche" und realistisch verstanden vorziehen die bisher vorstellbaren Alternative und häufig selbst der Wandel als solcher (sicherlich?) ein absoluutes und zugleich inhaltliches Naturrecht zu leeren vorgeben —, sei in diesem Zusammenhang nur nebenbei bemerkt.


Der nahen ist zu sein hier skizzierten Rechtsordnung zu sagen.)
1. in einem Staate, der diese Rechtsordnung realisiert, ist jedes Verhalten erlaubt, so lange dadurch nicht die Aufrechterhaltung des Rechtssprinzips selbst bedroht oder (und) die Freiheitsraum anderer verletzt wird. Denn der einzige notwendige Grund für die Zustimmung der Einzähmmung der Freiheit, d. h. für die freiwillige Unterwerfung eines jeden unter die Rechtsordnung, ist die Sicherung seiner Freiheit durch diese.
2. Alle Mitglieder des Staates sind in gleicher Weise den Zwangsgesetzen dieses Staates (nicht jedoch irgendeinem Menschen) unterworfen. Sie sind hinsichtlich der Möglichkeit der Einschränkung ihrer Freiheit gleich; nicht nur in dem Sinne, daß über alle (im entsprechenden Fall) nach gleichem Maß geurteilt wird und jeder gegen jeden anderen (im entsprechenden Fall) das gleiche Zwangsgesetz hat, sondern auch insoweit, als es keinerlei rechtliche Prärogative und Disziplinierung gibt, d. h., die Staatsgeschäfte... liefern, sondern inmehrheit dem ein Recht auf Rechte geben, von dessen möglichem Erfolg irgendein anderer durch eben diese Gesetzgebung und also rechtlich ausgeschlossen ist."
Denn für niemanden gibt es einen Vornahmen, zu ungünstigen Bedingungen in dem Rechtvertrage einzutreten. ...nur ein Zustand völliger Rechtsbeherrschung findet genug Legitimation in sich selbst, während die Einheitsordnung der Rechtsbeherrschung an irgendeiner... was von außen kommenden Legitimationen (z. B. Natur oder Gott) hängt, deren Dauer begrenzt ist.
Es braucht kaum betont zu werden, daß mit dieser Gleichheit nicht jener Zustand gemeint ist, von dem Edmund Burke irgendeinmal... nützlich und treffend sagte: "Alles wurde eingebehnt, was das


Zur einen solchen Willen wird im folgenden synonym der Ausdruck "Demokratie" verwendet.


Jules Pitting, Des Künstlerischen, S. 43.


Kant, Über den Gemeinwohl, S. 144.


Das oben erwähnte Rechtsprinzip und die auf ihm basierenden Grundsätze der Freiheit, Gleichheit und politischen Mitbestimmung sagen an sich nichts darüber aus, wie eine politische Ordnung in concreto auszusehen habe. Es sind weder Zaubermesser noch die Organisation der menschlichen Gesellschaft noch realisierbare Ziele, sondern „lediglich“ regulative Prinzipien, Richtmaße, Normen für die Beurteilung einer politischen Ordnung. Einen Hinweis für deren Gestaltung geben sie nur, indem sie den Maßstab für eine „negative Auslese“ liefern, bei der diejenigen Ordnungen als „undemokratisch“ ausgewiesen wurden, die diese Grundsätze nicht einmal der Tendenz nach realisieren oder sogar im Prinzip überhaupt nicht anerkennen und anstreben.

Was nun die Verwirklichung einer dieser Staatsetzkonzepte orientierte Ordnung betrifft, so ist klar, daß die Willensheit aller (Rousseau’s „volonté générale“) ein unerreichter Ziel darstellt. Man muß sich daher in praxi mit zweifellosen Lösungen zufrieden geben. Dazu gehören insbesondere der Verzicht auf Einstimmigkeit mit de-facto Anerkennung von Mehrheitsentscheidungen, die für alle bindend sind, und die Delegierung von Entscheidungsbefugnissen durch die Wahl von Vertretern. Diese beiden Verfahrensweisen der Mehrheitsentscheidung und der Repräsentation sind allerdings in besonderem Maße der Gefahr des Mißverständnisses und des Mißbrauchs ausgesetzt, so daß sie äußerst sorgfältig und mit der Sorge der „Demokra-tie“ verstanden oder ausgegeben werden, während sie ihre Legitimation allein aus der Funktion beziehen, als zweckmäßige Hilfsmitte für eine möglichst weitgehende Verwirklichung der oben genannten Grundsätze zu dienen.(5)

Es mag sein, daß sich bestimmte (von den vielen möglichen) Ausformungen der Majorität- und des Repräsentations-Prinzips als

(4) Daß die Realisierung dieses Prinzips außerordentlich schwierig und auf zähnezerreibende Weise möglich ist, schmälert dessen regulative Bedeutung in keiner Weise.

(5) Wenn im Folgenden von „Prinzipien“ der Majorität und der Repräsentation gesprochen wird, so dürfte deutlich sein, daß sie im Unterschied zu den Prinzipien des Rechts und der Freiheit, Gleichheit und politischen Mitbestimmung nicht den von allen offensichtlich unabdingbaren legislativen und Maßstab-Charakter haben.

242
eine praktisch notwendige Bedingung für eine bestmögliche An-
näherung an das demokratische Ideal nachweisen lassen (ein Nach-
weis, der übrigens von der empirischen Sozialwissenschaft noch zu
bringen wäre). Eine ausreichende Bedingung dafür stellen sie
jedenfalls nicht dar. Das bedeutet, daß die Existenz auch der
höchstentwickelten Entscheidungs- und Delegations-Methoden und
entsprechende verfassungspolitische Sicherungen den demokrati-
schen Charakter des Staates in keiner Weise garantieren. Im Ge-
genteil lassen sich diese Mittel sehr leicht — weil schwer durch-
zuheben — auch für „nicht-demokratische“ Zwecke verwenden, zu-
mal wenn die Resultate — wie Schumpeter einmal sagte85 — mit
Öl aus Krügen des achtzehnten Jahrhunderts gesalbt werden.

Die Entscheidung einer Mehrheit muß von allen als für alle ver-
bindlich anerkannt werden, weil ohne diesen Konvent die Eine Ge-
meinschaft in mehrere selbständige Gemeinschaften zerfällt oder
sich als entscheidungs- und handlungsfähig erwägt. Man entschei-
det sich für die Mehrheit, anstelle der Einzelmöglichkeit, aus prak-
tischer Notwendigkeit. Aber dann entscheidet sich auch für die
Mehrheit, anstelle der Minderheit aus rechtlicher Notwendigkeit,
da sie „das formal geringste Maß an Beschränkung der Autonomie
des einzelnen“86 bedeutet, dem Ideal der Einzelmöglichkeit also we-
ngenaues näher ist. Das besagt nicht, daß die Entscheidung der
Mehrheit immer „besser“ oder der „Wahrheit“ näher sein müsse als
die Entscheidung der Minderheit. Nur ist das Mehrheitsprinzip
keine Methode der Wahrheitsfindung, sondern eine der Methoden
der Entscheidungsführung. Wer sich einer Mehrheitsentscheidung
nur dann unterwerfen will, wenn er sie für „richtig“ oder „gut“ hält
(wenn — wie es zuweilen heißt — die Mehrheit das „richtige Be-
wußtsein“ hat), der verkennt, daß die Kriterien „richtig — falsch“,
„gut — schlecht“ für den Unterwerfungsanspruch der Mehrheits-
entscheidung vollkommen irrelevant sind, daß dieser vielmehr um-
gekehrt aus dem Dienst über diese Kriterien seine Notwendigkeit
und seinen Sinn zieht. Hier liegt aber auch der Grund für ein anderes Mißverständnis. Das Verfahren der Mehrheitsentscheidung wird häufig als „demo-
kritisches“ Prinzip bezeichnet. Gewiß, es ermöglicht oder erleicht-
ert zumindest Entscheidungen durch Verzicht auf Einzelmöglich-
heit und es verhindert oder erschwert zumindest die Tyrannen von

86Hanno Kurz, Volksoververständ und Volkerepräsentation, Heymanns, Köln etc., 1948, S. 216.

Die „Nürnberger Gesetze“ wären auch dann nicht demokratische Gesetze geworden, wenn 90 Prozent der deutschen Bevölkerung für sie gestimmt hätten. Die These „voss populi — vor Dei“ ist in der Tat ein Totalitarismus von prägenden demokratischen Bedeutung.

Es geht zu einer gefährlichen Kapitalisierung „des Staates“, wenn die Fiktion des Allgemein-Willens (volonté générale) die ausdrücklich im Verständnis der (regulativen) Rechtsprinzips dient, als Realität genommen oder wenn auseinandergenommen, der Notwendigkeit, sich mit der Mehrheit zu begeben, dem Mehrheitswillen die Weise des „Volkswillens“ erteilt wird. Kaum eine Verstellung ist denn auch so sehr dem demographischen Mißbrauch ausgesetzt wie die, daß irgend etwas „im Namen des Volkes“ geschiehe. Die Forderung, sich mit „seinem Staat“ zu identifizieren und ihm gegenüber loyal zu sein, kann sich einseitig auf die jeweilige Obrigkeit als solche beschränken, sondern nur auf das von ihr und je realisierten Komplex der demokratischen Grundrechte. Die (stets aufs neue) gewährleistet Loyalität hängt ab von der (stets aufs neue) zu realisierenden demokratischen Substanz. Die Erforderung, die (stets aufs neue) zu überprüfen und ins öffentliche Bewußtsein zu bringen, macht (vor allen sonstigen Funktionen) po-
littische Opposition und Kritik (in allen §§ ihren möglichen gewaltlosen Formen) zu mehr als einem bloßen fruhdemokratischen Recht, nämlich zu einer staatbürgerschaftlichen Pflicht und zu einer Funktion, die ebenfalls wichtig ist wie die klassischen "Ge-
wartes"."

Nur so kann die antimilitarische Spannung zwischen dem
normativen Ideal des Allgemein-Willens und der darin stets ab-
weichenden Realität des Willens aller einzelnen ausgenutzt und
gestrafft werden, um in dem nie endenden Versuch, zu einer Ein-
heit in der Mannigfaltigkeit zu gelangen; nur so kann die falsche und
für eine demokratische Politik verhängnisvolle Alternative
zwischen bedingungsloser Unterwerfung unter das Mehrheitsprin-
zip und seiner völligen Freigabe an den Individualwillen, also
zwischen seiner Absolutisierung und seiner Ausdifferenzierung
vermieden werden. Ähnlich wie mit dem Majoritätsprinzip steht es mit dem Reprä-
sentationsprinzip. Ein System gewählter Vertreter, insbesondere ein
demokratisches System, mag eine praktisch notwendige Be-
dingung für eine demokratische Politik in einem modernen Grob-
staat sein. Aber auch dieses System ist dafür keine ausreichende
Bedingung, und auch die in ihm gefundene Entscheidungsweise
sowie auch das ungleichmäßige Gewicht der Mitglieder haben
zur Folge, dass die in der Tat mehrheitlich bestehende Volksmacht
durch die in der Tat überwiegend durch die Minderheit bestehende
Macht der Einzelnen geprägt wird. Der demokratische Fortschritt
ist in der Tat in einer immer mehr durch die politische Kultur der
Individuen geprägten Entwicklung begriffen, die in der Tat nicht nur
in der politischen Praxis, sondern auch in der politischen Denk-
weise sich äußert.
über, daß sie nicht das Ideal der Demokratie schaffen. Auch im Hinblick auf das Repräsentationsprinzip haben Verabsolutierung und völlige Ablehnung ihre Quelle in der gleichen falschen Alternativenschau, und führen im Prinzip auch zum gleichen Resultat, zur Be- seitigung des Zustandes, in dem die individuelle Freiheit gewäh- rleistet ist.15*) Les extrêmes se touchent.


Außer daß kein Widerstandsrecht gibt, wird dann auch von jedem posi- tiven Recht behauptet, was es sich erklärt, gegen eine bestimmte Ge- richtsentscheidung sei ein Rechtsmittel nicht gegeben.

Ist das nun ein Bekenntnis zum letztgenannten "Rechtspositivismus"? Ja und nein.


2. Julius Ebbinghaus (Das katholische System, S. 54) hat zurzeit darauf hingewiesen, daß die Grundfälle der Freiheit, Gesellschaft und Mäch- tetsgesellschaft überhaupt kein "unendlich" Recht selbe ändern, daß "die übergreifende logische "Grundrechtsphilosophie" den entscheidenden Fall erfanger sich selbst überlagerdendenden juristischen Prinzipiern entziehen".

Hier ist natürlich lediglich "systemgenetisch", logisch gemeint, — die hier, angesehenen Zusammenhänge sind ungültig, wie sie aus Jahrhunderten durch eine völlig unzureichende terminologische Uner- rechtfertigung konfundiert worden. Es würde vermutlich ziemlich zur Diskussion, ob damit auch der allgemeine Beweisfuchs über diese Zu- sammenhänge (a) vielleicht sogar den entscheidenden Verhalten" nüt- zen, wenn die Ebenen der Moralität, des Rechtsprinzips (wenn man will, des Verwaltungs- oder Naturrechts) und des positiven Rechts begrüßlich klar voneinander gestellt würden und nicht über alle der Termine "Recht" angewendet werden könnte.

Sei es im Hinblick auf die "Unternehmen", sei es im Hinblick auf die gernige "Überblick", das die führt zur Analyse, das zweite zum "konsenten Ordnungsgedanken" o. der Dicht Schmitt.
möglicher, außer in einem gemeinsen Wissen und unter positiven Ge
setzen.***) Recht ist nur als wirklichkeitsgestaltende Ordnung, und
Legalität eine notwendige Bedingung für die Realisierung des
Rechtsprinzips. Carl Schmitte falscher Irrtum bestand darin, diese
notwendige Bedingung deshalb abzulehnen, weil sie nicht zugleich
auftretend ist. Daß die Legalität in der Tat in einer konsequent
funktionalistischen Substanz- und Inhaltslosigkeit bei arithmeti-
sehen Mehrheitsvorstellungen****) auszumünden und insofern die
Realisierung des Rechtsprinzips gerade gefährden kann, ließ ihn
übersehen, daß das von ihm kritisierte politische System des „par-
lamentarischen Gesetzgebungstasates“ trotz aller Unzulänglich-
keiten immer noch weit mehr und bessere rechtstaatliche Garan-
tien zu liefern imstande ist als der von ihm konzipierte und ver-
feindigte totalitäre Staat, in dem der „gegenstand- und beziehungs-
lose Formalismus und Funktionalismus“****) des Legalitätsystems
durch einen angeblich plenaritäts gesteuerten und legitimierten, in
Wirksamkeit aber jeder Kontrolle und Beschränkung entgangenen
Entscheidungsprozeß ersetzt wurde. Das Resultat von Carl Schmitte
„Therapie“ war genau das, was er als Diagnose und Prognose an-
geboten hatte.

2. Nein, insofern die positive Rechtsordnung und die in ihr „regel-
recht“ zustande gekommenen Entscheidungen nicht als sakrosank
gesehen werden. Sie steht kein Wert an sich, ihre Verbindlichkeit
ist zur relativen. Das positive Recht ist im allgemeinen und „legal“
gefundene Entscheidungen im besonderen haben nur dann einen ver-
nünftig begründbaren Anspruch*) auf Unterwerfung, wenn sie das
leisten (gewährleisten oder realisieren), dessentenwegen jedermann
Grund hat, sich freiwillig zu unterwerfen. „Die Modalität der Ge-
setze (sofern sie auf dem Rechtsprinzip beruhen, GG) ist, daß die
Freiheit nicht durch willkürliche Zwangsgestaltung, sondern nur die,
ohne welche die bürgerliche Vereinigung nicht bestehen kann und
sowohl in dieser schlechten notwendig sind, eingeschränkt werde.
Salus rei publicae (die Erhaltung der bloßen gesetzlichen Form
einer bürgerlichen Gesellschaft) suprema lex.**) Wird dieser
*) Fische, Grundlage des Naturwesens nach Prinzipien der Naturwissenschaft,
***) ebenda, S. 14.
****) ebenda.
*****) Hiermit ist selbstverständlich kein „Rechtsanprich“ gemeint, denn
eins solcher wird ja überhaupt erst durch das positive Recht möglich
geachtet, nämlich „gesetzten“.
*****) Kant, Brief an Huschken Jung-Stilling, Nach dem 1. 3. 1769, in: Kants

248
Grundsätzlich verlassen, dann gibt es zwar kein positiv formulierbares und einleuchtbares Widerstandsrecht, wohl aber einen Widerstandegrund.19) Wird — wie etwa unter Hitler — die Rechtsordnung ihrer fundamentalen Funktion und damit ihr Zweckswegfall der Legitimation beraubt, so ist das Resultat die „Naturrecht“, auf den der Begriff „Recht“ im Sinne des Rechtssprinzips überhaupt nicht anwendbar ist. In diesem Sinne begreift der Widerstandskämpfer auch kein „Unrecht“, wenn er sich selbst das zu sichern vermag, was die Rechtsordnung ihm hätte sichern sollen.

„Gebt mir Friedlich mein Recht, oder ich überziehe euch mit Krieg!“20) Die Frage, ob es eine moralische Berechtigung oder sogar Pflicht zu einem solchen Widerstand gibt, liegt jenseits der hier angestellten, rechtspolitischen Überlegungen. Es muß zu dieser Stelle genügen, darauf hinzuzweisen, daß Rechtsetzung, Rechtsentscheidung und Maßausübung durch Legitimation allein sich niemals ausreichend zu legitimieren vermögen. Die Legitimität der Entscheidungen liefert deren Legitimität nur innerhalb des jeweiligen Rechtssystems. Dessen eigene Legitimität kann sich nicht auf Legitimität gründen, sondern nur auf die Verbindlichkeit mit dem Rechtssprinzip, wenn nämlich die Rechtsordnung und die in ihr genannten Entscheidungen die Bedingung erfüllen, von jedermann notwendig anerkannt werden zu können. Im Hinblick auf die obere Instanz der Obrigkeit als ganzes kann er definitionen die Unterscheidung von „legal“ und „illegal“ nicht angewendet werden. „La volonté générale“ (als deren Ausdruck innerhalb des positiven Rechtssystems ja die jeweilige

19) Den Charakter der „Übersetzbarkeit“ und „Nachlehnbarkeit“ hat übrigens schon der Kronzeugen zugunsten des Widerstandes, John Locke, klar gesehen. Siehe z. B. Two Treatises of Government, Book II, Ch. XIX, § 374, Everyman’s Library, London-New York, 1958, S. 342: „Force between either persons who have no known superior on earth, of which permits no appeal to a judge on earth, being properly a state of war, wherein the appeal lies only to Heaven; and in that state the injured party must supply himself, or without himself, or else will think fit to make use of that appeal and put himself upon it.“ Wenn die gesamte Rechtsordnung selbst in Frage steht, gilt es keine irreführenden Bühner mehr, sondern nur noch den Anlauf des Kriegs oder — untheologisch — die eigene Gewissenssicherung. Damit ist die Frage des „Widerstandsrechts“ auf die Ebene der Ethik gestellt, wo die Möglichkeit einer Beantwortung zu suchen ist. Für die Politik bleibt in diesem Zusammenhang aber wichtig, daß Locke’s Antwort zweifellos einen anderen Autorisierenden und damit „demokratischeren“ Ebenfall auf das politische Bewußtsein hatte als etwa Luther’s Obrigkeitsebene.
20) Ficht, Beitrag zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die Französische Revolution (1780), S. Kap. 249

Dieser Weg ist bereits beschritten, wenn Freiheit — ebenfalls system-immateriell und dann tauglich war — als das Recht oder das Befugnis verstanden wird, alles zu tun, wozu man anderen kein Unrecht tut; wobei das, was Unrecht ist, vom positiven Recht bestimmt wird. Freiheit wird damit zur Erbannahme, alles zu tun, was erlaubt ist.

Im Sinne des Rechtshandels zugegen handelt es sich bei der Freiheit und bei dem aus ihr abgeleiteten Katalog von Grundrechten nicht um etwas, was den Bürger von der Verfassung oder gar von "dem Staate" zugestanden wird, auch nicht um die Sicherung eines "staatlichen" Raumes, sondern um die Grundlage des Staates selbst, um das, was ihn legitimiert und ihm die "Grenze zu" gibt.


(Metaphysik der Sitten, § 489; Kants von Kant)


Man vergleiche Art. 51 GG: Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt.

Die geschieht z. B. in Art. 2 GG, wenn es heißt: "Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht... gegen die verfasungsrechtliche Ordnung... verstoßen." Wird das Bundesverfassungsgericht als "verfassungsrechtliche Ordnung" die "Gemeinschaft der Völker" betrachtet, ist das formale und materielle der Ver- fassung gemäß sind" (BVerfGE § 82), und den § 15 SGB für eine solche Norm erläutert (BVerfGE S. 260), dann ist damit die Einordnung der Verfassung zum unbedingten Rechtsstand gemäß Art. 1 GG über die gesamte Freiheitsbereitschaft zu disponieren, indem sich die Verfas- sung gleichsam vorbehält, ihn im erneut zu bestimmen. Wirgen- wo findet sich ein Hinweis auf ein "Mehrschenrecht", durch das die Verfas- sung selbst in ihren konkreten Normenformen geändert sei. Ein sol- cher Hinweis wäre freilich nur eine Erklärung gewesen im Sinne der "Declarations du droit de l'homme et des citoyens" von 1789.
Über Anonymen der politischen Ordnung
gleichsetzt.\(^1\) Denfalls sind demokratischer Staat und Freiheit der Bürgen gleichermaßen gefährdet, wenn die Herrscheidenden diesen Freiheitsraum zu manipulieren versuchen\(^2\) oder (und) die Bürger ihn als Freiheit vom Staat mißverstehen und dann die Politik den „anderen da oben“ überlassen.\(^3\) Freiheit und Staat sind bedroht, wenn sie als (legal garantierbare) Fakten und Zustände und nicht als Ausgabe, Tat und Wagnis begriffen werden: Das Ergebnis dieses Mißverständnisses sind leder falsche Alternativen aus der unvermeidbaren Antinomie von Freiheit und Ordnung, Rechtsprinzip und positivem Recht, Neutralität und Unzulässigkülter der je konkreten Rechtsordnung, Kontrolle und Handlungsfähigkeit politischer Oräne, ideellen „Gemeinwohls“ und tatsächlich Interessen-präsentation, Regeln eines Spiels (das auch ein „Vorspiel zum Schwelgen“ sein kann) und dessen Inhalten und Einhalten. Die möglichen Folgen solcher Alternativen hat Pascal mit der Brilli her seiner „Pensees“\(^4\) formuliert: „La multitude qu᾿e se réduit pas à l᾿unité est confusion; l᾿unité qui ne dépend pas de la multitude est tyrannie.\(^5\)“

Heidelberg den 3. Juli 1865

\(^1\) Dieses Freiheit bestimmte Wort als „die Bedingung, keinen äußeren Gesetzest zu gehorchen, als zu denen ich meine Freiheit habe ge
den können.“ (Gest Reigen Freien, S. 194.) Sie ist die Bedingung, die „Verfassungsfähige Oräne“ von sich umzunehmen, und dabei müßte in einem solchen § 17 Stütz es einmal gesehen werden, daß ohne ihn die Oräne von Recht und Staats in Deutschland selbst in Frage stände.

\(^2\) v. h. bereits durch Einführung und mit Hilfe des „Sittengesetzes“ als dritter Freiheitsbeschränkung in Art. 21 GO.

\(^3\) Auch die Weimarer Rechtsverfassung schützt außerdem gerade auf der einen Seite den Staat, auf öffentliches Gebäude und Oränebauten, die man formal organisieren zu können glaubt, und auf der anderen Seite die Grundrechte als ein ruhiges Gefälle privater Schöpfungen, von denen der andere nicht unbedingt haben dürfte — bis eines Tages der Entzück des hohen Beamtenbaus auch die vorgängige Leutebestimmung unter seinem Trümmert begrab. Adolf Arndt, „Ges der Poli
tik, S. 383.

\(^4\) Pensees, Quatzen, Paris, 1863, Nr. 117, S. 117.

\(^5\) Diese aber abstrakt und formellgei händigt dringen sich unabweislich im Ähnliche auf die mögliche Verwech
dung politischer Alternativen und die eingangs erwähnte „Auslegungsfälschung“ der Anonymen eine Bette von Fragen auf, deren Er
erklärung durch einer spätreren Völkerrechtliche Vorbehalten bleiben muß. Sie zeichnen mit einer paarer Stützpunkte abgebildet: mögliches Inhalte
demokratischer Politik; Sinn und Kritik des genannten „Gemein
derleben“; Befriedigung und Gehalmen von Wehrprinzip und Für
erzeugung; Probleme der materielle Sicherung der demokratischen Prinzipien; politisches Gewaltussinn, öffentliche Meinung, Kritik; Demo
cratie als Erkennungs- und Stützproblem.